

SITZUNGSVORLAGE

 Nr. **0 4 - F - 0 1 - 0 0 8 1**
 (Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff:

 Dezernat(e) I
Genehmigung des Schulentwicklungsplanes

Anlage/n:

 Bericht zum Beschluss des Ausschusses für Schule und Kultur Nr. 107 vom 02.12.2004

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich	<input checked="" type="checkbox"/>	erforderlich	<input type="checkbox"/>
Kämmerei	Personalvorlage	<input type="checkbox"/>	→ s. unten	
Rechtsamt	nicht erforderlich	<input checked="" type="checkbox"/>	erforderlich	<input type="checkbox"/>
Umweltamt				
Umwelterheblichkeitsprüfung	nicht erforderlich	<input checked="" type="checkbox"/>	erforderlich	<input type="checkbox"/>
Umweltverträglichkeitsuntersuchung	nicht erforderlich	<input checked="" type="checkbox"/>	erforderlich	<input type="checkbox"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich	<input checked="" type="checkbox"/>	erforderlich	<input type="checkbox"/>
- der HGO	nicht erforderlich	<input checked="" type="checkbox"/>	erforderlich	<input type="checkbox"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich	<input checked="" type="checkbox"/>	erforderlich	<input type="checkbox"/>
Sonstige:	nicht erforderlich	<input type="checkbox"/>	erforderlich	<input type="checkbox"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.
 (wird von Amt 16 ausgefüllt)

Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="checkbox"/>	erforderlich <input type="checkbox"/>
Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="checkbox"/>	erforderlich <input type="checkbox"/>
Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="checkbox"/>	erforderlich <input type="checkbox"/>
Magistrat	Tagesordnung A <input type="checkbox"/>	Tagesordnung B <input checked="" type="checkbox"/>
Eingangsstempel Amt 10	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="checkbox"/>	erforderlich <input checked="" type="checkbox"/>
Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="checkbox"/>	nicht öffentlich <input type="checkbox"/>
Eingangsstempel Amt 16		

Bestätigung Dezernent/in

 Diehl

 Oberbürgermeister

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
- Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
- siehe gesonderte Stellungnahme

 Dr. Müller
 Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I Verwaltungshaushalt

a) Betroffenes Budget Dezernatsbudget ____ oder Einzelbudget ____
 aktueller Stand Budget (HMS-Auswertung vom ____)

Dez.	WI / AKK	HH-Ansatz + Fortschreibung	Hochrechnung	kumulierter Plan	kumuliertes Ist	Abw. in %

b) Die Sitzungsvorlage hat im Verwaltungshaushalt die folgenden finanziellen Auswirkungen:

Jahr oder p.a.	Haushaltsstelle	Einnahmen	Sachkosten	Personalkosten	kalkulat. Kosten	Gesamtkosten
Summe						

II Vermögenshaushalt

a) aktueller Stand Budget (Auswertung Investitionscontrolling vom)

Dez.	Reste aus Vorjahren	Budget	Verfügbare Mittel	gebundene Mittel (geschätzt)	davon Ist-Ausgaben	Gebunden in %

b) Die Sitzungsvorlage hat im Vermögenshaushalt die folgenden finanziellen Auswirkungen:

Jahr	Haushaltsstelle	Einnahmen	Ausgaben	Verfügbare Mittel	Darlehensbedarf
Summe					

III Berücksichtigung im Budget

Die finanziellen Auswirkungen bei antragsgemäßer Entscheidung

- sind in den Budgets bereits berücksichtigt.
 sind im Budget nicht bzw. nicht vollständig berücksichtigt. Es ist eine üpl./ apl. Bereitstellung von Mitteln erforderlich bei

Haushaltsstelle	Bezeichnung	bislang verfügbar	zusätzl. üpl. / apl. Bedarf

Die Deckung wird gewährleistet durch __Einsparungen und/oder __ Mehreinnahmen bei:

Haushaltsstelle	Bezeichnung	Betrag

B Beschreibung des Vorhabens / Ziel der Vorlage

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen wie z. B. Disziplinarvorlagen) zukünftig im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: ergänzende Erläuterungen s. Pkt. V.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Das Hessische Kultusministerium sagt in einem Schreiben an den Magistrat zu, den Schulentwicklungsplan zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu genehmigen. Die Heinrich-von-Kleist-Schule erhält den Status eines Schulversuchs.

C Beschlussvorschlag:

- 1.) das Schreiben der Hessischen Kultusministerin vom 15. Dezember 2004, in dem die baldige Genehmigung des Schulentwicklungsplans angekündigt wird, und der Bericht des Magistrates werden zur Kenntnis genommen.
- 2.) Beschluss Nummer 107 des Ausschusses für Schule und Kultur ist durch die Berichtsvorlage erledigt.

D Begründung

I. Ergänzende Erläuterungen

Bei Bedarf **können** hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.

- 1.) Wann sind dem Ministerium die Änderungen zum Entwurf des Schulentwicklungsplanes zugegangen?

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 8. Juli 2004 den Schulentwicklungsplan beschlossen. Dezernat VIII hat die von der Stadtverordnetenversammlung vorgenommenen Änderungen angefügt und am 30. Juli 2004 den Schulentwicklungsplan dem Hessischen Kultusministerium zur Genehmigung vorgelegt.

- 2.) Wann hat das Ministerium festgestellt, dass der Schulentwicklungsplan in dieser Form möglicherweise nicht genehmigungsfähig ist?

Oberbürgermeister Diehl hat sich am 16. November 2004 beim Hessischen Kultusministerium nach dem Stand des Genehmigungsverfahrens erkundigt. Danach verzögere sich aufgrund der Form die Bearbeitung des Schulentwicklungsplanes, da die von der Stadtverordnetenversammlung vorgenommenen Änderungen nicht in den Plan eingearbeitet worden sind.

- 3.) Wieso hat das Ministerium die LH Wiesbaden nicht umgehend über diese Probleme in Kenntnis gesetzt?

Die Diskrepanz zwischen der Beschlusslage der städtischen Gremien und der Umsetzung in der Schulentwicklungsplanung der Verwaltung war bei den direkt Verfahrensbeteiligten bekannt und durch die begleitende Presseberichterstattung, die Stellungnahmen des Ministeriums einschloss, auch transparent geworden.

- 4.) Wann wird nach der Berücksichtigung der vom Ministerium gewünschten Korrekturen voraussichtlich mit einer Genehmigung zu rechnen?

Auf Initiative von Oberbürgermeister Diehl kam es am 15. Dezember 2004 zu einem Gespräch zwischen Frau Staatsministerin Wolff, Oberbürgermeister Diehl, Frau Stadträtin Thies, Herrn Stadtrat von Scheidt. In diesem Gespräch wurde die Genehmigung des Schulentwicklungsplanes zum nächstmöglichen Zeitpunkt in Aussicht gestellt, sofern eine Einarbeitung der aktuellen Zahlen in den Plan erfolgt. Das Hessische Kultusministerium erkennt der Heinrich-von-Kleist-Schule den Status eines Schulversuchs zu und legt eine Klassenhöchstgröße von 25 Schülern schulformübergreifend fest.

Wiesbaden, .Januar 2005

I/LOB 2162
OrganisationszifferVerfasser (Telefonnummer/Kürzel)

Rechnungsstelle **Fachbereich**
(Telefonnummer/Kürzel) (Telefonnummer/Kürzel)

Diehl
Oberbürgermeister